

EJZ

19.10.13

# Einig im Kampf gegen Fracking

## BlS wollen künftig gemeinsam vorgehen

In **Wustrow**. Die Bürgerinitiativen gegen Fracking aus Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg wollen künftig enger zusammenarbeiten. Das gaben die Initiativen jetzt nach einem Arbeitstreffen in Lüneburg bekannt. Künftig solle nämlich auch hier in der Region verstärkt mit neuen Risiko-Technologien weiter nach Öl und Gas gebohrt werden, befürchten die Bürgerinitiativen. Durch die Zusammenarbeit wollen sie sich nun enger abstimmen und „gegenüber Politik, Behörden und Firmen effektiver auftreten“, heißt es von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI). „Unser Trinkwasser darf nicht noch mehr gefährdet werden, da gibt es keine Kompromisse“, sagt Dr. Ingo Engelmann vom Sprecherrat der Bürgerinitiative „Kein Fracking in der Heide“. Und Dietger Michaelis von der „Frackingfreien Zukunft-Herzogtum Lauenburg“ betont, dass

es das Ziel sei, aus den so bezeichneten Risikotechnologien wie Fracking und der Ausbeutung fossiler Energieträger auszusteigen. Man wollen keine neuen Öl- oder Gasressourcen mehr erschließen, ob mit oder ohne Fracking“, heißt es von den Fracking-Gegnern.

Es gebe mehrere gemeinsame Anliegen, die mit den Verantwortlichen in Politik und Verwaltung besprochen werden müssten, meinen die Bürgerinitiativen. Zwei Projekte sollen als erstes in Angriff genommen werden: die Fortsetzung des Gesprächskontaktes mit dem niedersächsischen Wirtschaftsminister Lies sowie Verhandlungen mit dem Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG). Es gelte zu klären, wie mit den erteilten Aufsuchungserlaubnissen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein umgegangen werden soll. Die Initiativen fordern nämlich, diese zurückzuziehen.